

VOLLER ENERGIE FÜR NIEDERSACHSEN

Rechenschaftsbericht

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG DER SPD NIEDERSACHSEN

24. JUNI 2023 | AURICH



INHALT

| | |
|---|----|
| Geschäftsbericht des Landesvorstandes | 5 |
| Ordentlicher Landesparteitag am 29. Mai 2021 in Hildesheim | 5 |
| Der Landesvorstand | 6 |
| Landesvertreter:innenversammlung am 29. Mai 2021 in Hildesheim | 7 |
| Auftaktklausur und konstituierende Sitzung des Landesvorstandes | 7 |
| Jahresauftaktklausur des Landesvorstandes 2022 | 8 |
| Landesvertreter:innenversammlung am 21. Mai 2022 in Hildesheim | 8 |
| Außerordentlicher Landesparteitag am 22. Mai 2022 in Hildesheim | 9 |
| Außerordentlicher Landesparteitag am 5. November 2022 in Hannover | 10 |
| Jahresauftaktklausur des Landesvorstandes am 13./14. Februar 2023 | 10 |
| Näher dran: Kommunalwahlkampf im Jahr 2021 | 10 |
| Landtagswahlkampf 2022: Das Land in guten Händen. | 11 |
| Ehrenamtliche sind unser Rückgrat | |
| Politische Bildung beim SPD-Landesverband Niedersachsen | 12 |
| Frauenkongress 2022 | 17 |
| Frauenkongress 2023 | 17 |
| Arbeitsgemeinschaften | 18 |
| Bericht des Schatzmeisters | 26 |
| Bericht der Revisor:innen | 28 |
| | |
| Anlagen | |

Geschäftsbericht des Landesvorstandes

Berichtszeitraum 30. Mai 2021 bis 14. Juni 2023

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 29. MAI 2021 IN HILDESHEIM

Beim Landesparteitag der niedersächsischen SPD in der Halle 39 in Hildesheim wurde der Landesvorstand neu gewählt. Der Landesvorsitzende und Niedersächsische Ministerpräsident ging in seiner Rede auch auf die anstehenden Kommunalwahlen ein. Kommunalpolitik sei das Fundament für die SPD Niedersachsen, weil sie in den Städten und Kommunen fest verwurzelt sei, so der Landesvorsitzende. Die Fortschritte in den Städten und Gemeinden hätten in den meisten Fällen viel mit sozialdemokratischer Kommunalpolitik zu tun. »Deswegen setzen wir bei den Kommunalwahlen auf Sieg«, sagte Stephan Weil vor den Delegierten in Hildesheim und machte klar: »Die SPD in Niedersachsen ist mehrheitsfähig und das wollen wir Anfang September beweisen«.

Hanna Naber ist die neue Generalsekretärin der SPD in Niedersachsen. »Nach dieser langen pandemiebedingten Probezeit als kommissarische Generalsekretärin freue ich mich, dass ich heute mit diesem tollen Ergebnis gewählt worden bin. Ich bin hoch motiviert, gemeinsam mit den Mitgliedern die SPD in Niedersachsen die anstehenden Wahlkämpfe erfolgreich zu gestalten«. Bereits im September 2020 wurde Hanna vom Landesvorstand zur kommissarischen Generalsekretärin ernannt, nachdem Alexander Saipa angekündigt hatte, auf Grund seiner Landratskandidatur in Goslar nicht erneut anzutreten.

DEM LANDESVORSTAND GEHÖRTEN SEIT DEM 29. MAI 2021 AN:

Vorsitzender:

Stephan Weil

Stv. Landesvorsitzende:

Olaf Lies

Johanne Modder

Philipp Raulfs

Carola Reimann (bis 12/2021 – Nachfolgerin seit 5/2022 Dunja Kreiser)

Dörte Liebethuth

Generalsekretärin:

Hanna Naber (bis 11/2022)

Landesschatzmeister:

Ulrich Watermann

Beisitzerinnen und Beisitzer:

Jakob Blankenburg

Yasmin Fahimi (bis 5/2022)

Frauke Heiligenstadt

Knud Hendricks

Christina Jantz-Herrmann

Andrea Kötter

Dunja Kreiser (bis 5/2022 – Nachfolgerin Julia Retzlaff)

Sebastian Kunde

Oliver Lottke

Dirk-Ulrich Mende

Siemtje Möller

Michael Rüter

Daniela Rump

Astrid Schlegel

Julius Schneider

Andrea Schröder-Ehlers

Svenja Stadler

Gerd Will

Revisorinnen und Revisoren:

Rolf Hojnatzki

Ute Johanns

Diethard Karau

Bernd Michallik

LANDESVERTRETER:INNENVERSAMMLUNG

zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2021 am 29. Mai 2021 in Hildesheim

Hubertus Heil, Bundestagsabgeordneter für Peine und Gifhorn sowie Bundesminister für Arbeit und Soziales, wurde von den 113 Delegierten einstimmig zum Spitzenkandidaten gewählt. In seiner Rede machte Hubertus Heil deutlich, worauf es in den nächsten Jahren ankomme: »Wir wollen einen neuen Aufbruch und nehmen den notwendigen Strukturwandel als Herausforderung an, die politisch gestaltet werden muss. Statt den Wandel zu beklagen, müssen wir ihn in Form bringen, um unsere Gesellschaft in eine digitalisierte, soziale und ökologische Zukunft zu führen. Wir wollen Bedingungen dafür schaffen, dass das Leben jedes Einzelnen gelingen kann, das ist die zentrale Aufgabe sozialdemokratischer Politik. Es geht dabei um den Dreiklang von Wert, Würde und Wandel der Arbeit. Gemeinsam mit allen Kandidatinnen und Kandidaten der SPD Niedersachsen für den Deutschen Bundestag werden wir uns in den kommenden Jahren für die Interessen unserer niedersächsischen Heimat einsetzen.« Dafür brauche es eine starke SPD unter einem Bundeskanzler Olaf Scholz.

Die Landesvertreter:innenversammlung wählte nicht nur Hubertus Heil als Spitzenkandidaten, sondern nominierte auch alle weiteren 64 Kandidierenden für die Landesliste zur Bundestagswahl. Es gab eine Kampfkandidatur im Bezirk Weser-Ems zwischen Dr. Daniela de Ridder und Anke Hennig, bei der sich Anke Hennig mit großer Mehrheit durchsetzen konnte. Die Liste wurde im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit beschlossen. 30 Kandidierende stehen in den 30 niedersächsischen Wahlkreisen direkt zur Wahl. Darunter sind neben Hubertus Heil auch viele weitere prominente und aussichtsreiche Kandidierende.

AUFTAKTKLAUSUR UND KONSTITUIERENDE SITZUNG

des Landesvorstandes – Fit für die Bundestags- und Kommunalwahl

Am 3. Juli 2021 fand die Auftaktklausur des neuen Landesvorstandes statt. Neben den Wahlen zum Präsidium standen die zukünftigen Schwerpunkte der Landespolitik und die Vorbereitung der »heißen Phase« der Bundestags- und Kommunalwahl 2021 auf der Tagesordnung.

In der Debatte zur Landespolitik wurden besonders Nachfragen zur Pandemiefähigkeit der Schulen und Krankenhäuser gestellt. Ziel müsse es sein, dass die Krankenhäuser rekommunalisiert würden. Zudem lasse sich trotz vieler Initiativen eine steigende Kinderarmutsquote feststellen, hier solle überprüft werden, ob die Ressourcen richtig eingesetzt werden.

Zur Bundestags- und Kommunalwahl sei es wichtig, einen aktiven Wahlkampf zu führen und »an Türen zu klopfen.« In der folgenden Debatte wurde nochmal von mehreren Seiten auf die Bedeutung des Wahlkampfes verwiesen. Wichtig sei es, vor Ort aktiv zu sein. Ein Beispiel hierfür sei der »Haustürwahlkampf« in Rheinland-Pfalz.

Die Zufriedenheit mit der Landesregierung und dem Krisenmanagement sei derzeit gut. Unzufriedenheit herrsche bei der Digitalisierung vor. Das Thema Bildung bleibe weiterhin das wichtigste Thema für die Menschen in Niedersachsen. Ab Oktober müsse der »Hebel« von der Bundestagswahl auf die Landtagswahl umgelegt werden.

JAHRESAUFTAKTKLAUSUR DES LANDESVORSTANDES 2022 – Startschuss zum Landtagswahlkampf 2022

Am 18. und 19. März 2022 trafen sich der Landesvorstand zusammen mit dem Vorstand der SPD-Landtagsfraktion und der niedersächsischen SPD-Landesgruppe im Bundestag in der HVHS Hustedt zur Jahresauftaktklausur 2022. Neben einem allgemeinen Stimmungsbericht im Bund und im Land, wurden die Grundzüge der Landtagswahlkampagne vorgestellt.

Von Hanna Naber und Stephan Weil wurde das Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2022 als Leitantrag »Fortschritt, der alle mitnimmt« in den Landesvorstand eingebracht und zur Vorbereitung des außerordentlichen Programmparteitages beschlossen.

Zum Abschluss berichtete der Parteivorsitzende Lars Klingbeil über die aktuelle politische Lage in Berlin.

LANDESVERTRETER:INNENVERSAMMLUNG zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahl 2022 am 21. Mai 2022 in Hildesheim

Nachdem Stephan Weil als Spitzenkandidat mit überwältigender Mehrheit gewählt wurde, ist nun auch die Landesliste für die Landtagswahl im Oktober beschlossen worden. Auf Stephan Weil folgen u. a. SPD-Ministerinnen und Minister der Landesregierung. Daniela Behrens und Olaf Lies stehen auf den Plätzen 2 und 3.

Die 200 Delegierten aus ganz Niedersachsen beschlossen die Landesliste für die SPD Niedersachsen zur Landtagswahl. Insgesamt sendet die SPD Niedersachsen 101 Kandidierende ins Rennen. Unter den 87 Kandidierenden in den Wahlkreisen sind u. a. 33 Frauen (fast 40 Prozent), fast jeder vierte Kandidierende befindet sich zudem im Juso-Alter (bis 35 Jahre).

Stephan Weil freut sich über die Vielfalt der Kandidierenden zur Landtagswahl: »Unsere Landesliste ist jünger, weiblicher und diverser geworden! Wir erleben gerade einen Generationswechsel in der niedersächsischen SPD, und zwar auf eine ganz natürliche Art und Weise. Ich freue mich auf eine intensive Zeit mit unseren Kandidierenden in den nächsten Monaten. Ich bin überzeugt: Zusammen können wir die Landtagswahl gewinnen und erneut stärkste Kraft werden!«

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG am 22. Mai 2022 in Hildesheim

Neben Nachwahlen eines bzw. einer stell. Landesvorsitzenden und eines bzw. einer Beisitzer:in stand die Verabschiedung des Regierungsprogrammes »Fortschritt, der alle mitnimmt« auf der Tagesordnung. Auf dem Parteitag wurden insgesamt 70 Änderungsanträge zum Regierungsprogramm, vier Initiativanträge und 68 Sachanträge durch ein von der Antragskommission entwickeltes Verfahren verabschiedet.

Nachdem bereits im April der Entwurf des Landesvorstandes für das Regierungsprogramm offiziell vorgestellt wurde, beschlossen beim heutigen Landesparteitag die mehr als 200 Delegierten dann das finale Programm. Die SPD hat vier Schwerpunkte gesetzt, die für Fortschritt, der alle mitnimmt, sorgen sollen:

- Wirtschaft, die allen nutzt
- Ein Staat, der Zukunft für alle schafft
- Bildung, die allen Chancen bringt
- Sicherheit, die alle stärkt

Zusätzlich wurde beschlossen, das Wahlalter von 16 Jahren in das Programm für die Landtagswahl aufzunehmen. Dafür hatte sich auch bereits Stephan Weil ausgesprochen.

Neben dem Programm beschlossen die Delegierten auch einen Initiativantrag mit dem Titel »Solidarität mit der Ukraine – Nein zum Krieg«, der vom Landesvorstand eingebracht wurde. Mit dem Antrag bekundet die Partei die Unterstützung für die Ukraine und den eingeschlagenen Kurs der Bundesregierung. Vor dem Hintergrund der steigenden Lebenshaltungskosten wurde zudem ein Initiativantrag von Matthias Miersch aus dem Bezirk Hannover eingebracht (»SPD als Garant für Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz«), der in einem 10-Punkte-Plan Maßnahmen für Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz vorschlägt.

Da Carola Reimann als stellvertretende Landesvorsitzende zurückgetreten ist, wurde auf dem Parteitag die Bundestagsabgeordnete Dunja Kreiser als neue stellvertretende Landesvorsitzende gewählt. Als Beisitzerin im Landesvorstand rückt für sie Julia Retzlaff nach, die ebenfalls gewählt wurde.

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG am 5. November 2022 in Hannover

Nach den erfolgreich abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen haben die ca. 230 stimmberechtigten Delegierten der niedersächsischen SPD auf dem Landesparteitag in Hannover bei nur einer Gegenstimme dem rot-grünen Koalitionsvertrag zugestimmt.

Am Montag, den 7. November wird der Vertrag unterzeichnet, am 8. November findet dann die Konstituierung des Landtags statt. Der Vertrag bildet die Arbeitsgrundlage der Regierungsfraktionen und der Regierung in dieser Legislatur.

JAHRESAUFTAKTKLAUSUR DES LANDESVORSTANDES am 13./14. Februar 2023

Im Februar traf sich der Landesvorstand zu seiner Jahresauftaktklausur. Dr. Yvonne Schroth von Forschungsgruppe Wahlen warf einen demoskopischen Blick auf die Ergebnisse der Landtagswahl. Danach wurde in Arbeitsgruppen zu den Themen »Wie kann die SPD Jung- und Erstwähler:innen überzeugen?« mit Philipp Raulfs und Jana Faus von der Agentur pollytix, »Stark auf dem Land, schwach in der Stadt? Strategien für zukünftige Wahlen« mit Jakob Blankenburg und Axel Rienhoff sowie »Wie erreichen wir potenzielle Wähler:innen?« mit Erik Flügge von der Agentur Squirrel & Nuts.

Am zweiten Tag gab es eine Diskussion zur Zukunft der niedersächsischen Industrie mit Michael Vassiliadis (Vorsitzender der IGBCE) und Stephan Weil und eine Diskussion über die Vorhaben und Ziele für das Jahr 2023 sowie Berichte aus den Bundestags- und Landtagsfraktionen von Matthias Miersch und Grant Hendrik Tonne.

NÄHER DRAN: KOMMUNALWAHLKAMPF IM JAHR 2021

Bereits im Jahr 2016 hat es sich für das Team der Landesgeschäftsstelle bewährt, einerseits nach Kräften den Kommunalwahlkämpfer:innen zur Seite zu stehen und andererseits den Kommunalwahlkampf als »Generalprobe« für den Landtagswahl zu nutzen. So wurde auch 2021 bereits das Agentur-Team für die Landtagswahl zusammengestellt und gemeinsam mit den Agenturen ASK.Berlin, Pahnke Markenmacherei und Squirrel & Nuts der Kommunalwahlkampf unterstützt. Im ersten Schritt hat der Landesverband eine einheitliche Rahmenkampagne entwickelt, die überall im Land genutzt und individuell angepasst werden konnte. Darauf aufbauend wurde zudem ein interaktiver Leitfaden zur Verfügung gestellt, der alle Wahlkämpfer:innen von der Analyse über die Strategie bis hin zu coronakonformen Wahlkampfformaten durch den Wahlkampf begleitet hat.

Die Rahmenkampagne trug den Titel »Näher dran« – ein starkes Versprechen, dass das Selbstverständnis der SPD Niedersachsen auf den Punkt bringen sollte: Die SPD in Niedersachsen ist zugänglich, empathisch, engagiert und dabei kompetent wie lösungsorientiert. Eben »näher dran« an den Menschen und den Themen vor Ort.

Zur Kampagne gehörten verschiedenste Materialien, die im Gestaltungsportal der SPD individuell für den Kommunalwahlkampf angepasst werden konnten: Visitenkarten, Flyer, Plakate und natürlich Materialien für die sozialen Medien. Die Kampagne wurde in Bezirken und Unterbezirken vorgestellt und schließlich in vielen Wahlkämpfen im ganzen Land genutzt.

LANDTAGSWAHLKAMPF 2022: DAS LAND IN GUTEN HÄNDEN.

Nach der Kommunal- und der Bundestagswahl ist der Landesverband nahtlos in die Vorbereitung der Landtagswahl eingestiegen. Keine zwei Wochen nach der Bundestagswahl begannen die Treffen der vom Landesvorstand eingesetzten Wahlkampfkommission mit den Agenturen. Gleichzeitig wurde die Landesgeschäftsstelle zur Wahlkampfzentrale aufgebaut und Mitarbeitende für Strategische Planung, Analyse und Forschung, Kandidatenbetreuung, Social Media, Controlling, Marketing usw. eingestellt. Genauso frühzeitig wurden Kontakte zu den Dienstleistern hergestellt und Rahmenverträge mit Druckereien und Plakataufstellern geschlossen. Einerseits hat der Landesverband 2017 erlebt, wie wichtig eine frühzeitige Vorbereitung ist – andererseits machten die volatilen Materialpreise vor allem bei Papier eine solche frühe Vorbereitung nötig, um später unerwartete Kostensteigerungen bei Plakaten und Flyern zu vermeiden.

Besonders wichtig für die Entwicklung der Kampagne war die Vorbereitung durch Meinungsforschung: Fast während der gesamten Legislatur wurden vom Landesverband immer wieder Bevölkerungsbefragungen durchgeführt, so z.B. repräsentative Online-Umfragen, Fokusgruppen und umfangreiche Telefonumfragen. Diese haben dazu geführt, dass die Stimmung in und Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Landesregierung und auch zu bestimmten Themen und ihrer Relevanz eingeschätzt werden konnte.

Präsentiert wurde die Kampagne im April 2021: »Das Land in guten Händen« bedeutete: Wir stehen für eine Regierung mit Krisenerfahrung, die schnell handelt, den Wandel gestaltet und den Fortschritt vorantreibt. Schließlich legte der Claim mitten in der Energiepreiskrise einen Schwerpunkt auf die Erfahrung und Kompetenz des Ministerpräsidenten Stephan Weil, der Niedersachsen bereits souverän und verantwortungsbewusst durch die Corona-Pandemie geführt hatte.

Den Rahmen der Kampagne bildeten drei Plakat-Wellen, die v.a. auf den Großflächen-Plakaten der Firma Weselmann, aber parallel auch auf anderen kommerziellen Werbeflächen und natürlich online gezeigt wurden. Die ersten wurden kurz nach dem Ende der Sommerferien aufgestellt: Zuerst ein Auftaktplakat, das mit dem Slogan »Keine Zeit für Sprüche« Aufmerksamkeit herstellen sollte, dann vier Themenplakate (Bildung, Wohnungsbau, Energiepreise und Gesundheit) und schließlich das Schlussplakat, dessen Ziel es war, die ganze Aufmerksamkeit auf die Person Stephan Weil zu lenken.

Gleichzeitig arbeitete der Landesverband eng mit den Kandidierenden in den Wahlkreisen zusammen, stellte das Material für eine einheitliche Kampagne über das Gestaltungsportal der SPD zu Verfügung und informierte in regelmäßigen Videokonferenzen über inhaltliche Schwerpunkte, den Ablauf der Kampagne oder Umfrageergebnisse und deren Bedeutung.

Das Programm

Im Landesverband wurde früh entschieden, dass das Regierungsprogramm das Ergebnis eines breiten Beteiligungsprozesses sein sollte. Es sollten also im Programmprozess neben den Mitgliedern, der Landtagsfraktion und den Landes- und Bezirksvorständen möglichst viele zivilgesellschaftliche Interessengruppen und Bündnispartner einbezogen werden. Gleichzeitig sollte die Beteiligung nicht zu Show-Veranstaltungen führen, die in Wahrheit schon der Einstieg in den Wahlkampf gewesen wären. Also sollten die Diskussionen stets in kleinen, vertrauten Gesprächskreisen und bewusst nicht öffentlich geführt werden. Dazu wurden bereits Ende 2021 Minister:innen und Abgeordnete aus Bundestag, Landtag und Europaparlament zu »Themenbeauftragten« ernannt, die nicht nur ihre Schwerpunkte für das Programm skizzieren, sondern diese auch mit den jeweils relevanten zivilgesellschaftlichen Partnern wie Gewerkschaften, Kreis- und Landesjugendring oder Unternehmerverbänden diskutieren sollten. Entsprechende Gespräche und Diskussionsrunden organisierte und koordinierte die Landesgeschäftsstelle. Gleichzeitig organisierte der Landesverband eine Mitgliederbefragung per E-Mail, bei der die Mitglieder der niedersächsischen SPD ihre Wünsche und Forderungen an das Programm artikulieren konnten.

So wurden von den Themenbeauftragten die Fachkapitel entworfen, die dann in einer Sitzung der Wahlkampfkommission geordnet, gekürzt und priorisiert worden sind. Die Landesgeschäftsstelle übernahm gemeinsam mit den Agenturen die Aufgabe der Redaktion.

Der Programmwurf, der schließlich dem Landesvorstand vorgestellt und nach einer Debatte mit wenigen Änderungen vom Landesvorstand beschlossen wurde, hatte schließlich vier klare Schwerpunkte: eine starke Wirtschaft, ein aktiver Staat, gerechte Bildung und ein sicheres Leben in Niedersachsen. Stephan Weil stellte das Programm am Ende der Klausurtagung des Landesvorstandes wie folgt vor: »Unser Programm ist eine starke Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit: Internationale Konflikte, Klimawandel und die Digitalisierung fordern uns täglich heraus. Doch wir müssen die Veränderungen gestalten und sie für uns nutzen. Unser Programm zeigt, wie das geht: Durch eine starke Wirtschaft, die durch den Ausbau der erneuerbaren Energien zukunftsfest wird, mit einem aktiven Staat, der das Wohnen bezahlbar macht und überall im Land für den Gigabit-Anschluss sorgt. Mit modernen Schulen, in denen alle Kinder gerechte Chancen haben und einem Land, in dem alle Menschen sicher und gesund leben können – auch und vor allem im Alter.«

Kandidierendenkonvent

Im April 2022 lud der Landesverband die zur Landtagswahl aufgestellten Kandidierenden in die Heimvolkshochschule Springe zum fast schon traditionellen Kandidierendenkonvent. An drei aufeinanderfolgenden Tagen wurde intensiv zu Kampagne, Strategie und Wahlprogramm informiert und diskutiert. Neben zahlreichen Workshops u. a. zu Wahlkampforganisation, Mobilisierung, Kommunikation, Pressearbeit und Social Media boten sich außerdem umfangreiche Möglichkeiten zum gegenseitigen Kennenlernen und Vernetzen. Besonders wichtig für die Kandidierenden: Auch die Fotos für Plakate und Wahlkampfmaterialien wurden im Rahmen des Konvents aufgenommen. Dazu hatte das Wahlkampf-Team im Vorfeld für alle Kandidierenden Zeitfenster reserviert und zwei Fotografen, zwei Maskenbilderinnen und zwei Mediengestalter:innen engagiert, die direkt vor Ort die Portrait-Aufnahmen in die Plakatvorlage einarbeiteten. So konnten die Kandidierenden noch vor Ort ihre Bilder auswählen.

Veranstaltungen

Zu Beginn und zum Abschluss der heißen Wahlkampfphase fanden jeweils zwei Großveranstaltungen statt. Der Spitzenkandidat Stephan Weil, die Kandidierenden und zahlreiche prominente Unterstützer:innen wie Bundeskanzler Olaf Scholz, der Parteivorsitzende Lars Klingbeil, Bundesminister Hubertus Heil und die Ministerpräsidentinnen Manuela Schwesig und Malu Dreyer richteten in Reden und Diskussionen motivierende Worte an die Wahlkämpfenden, warben bei den interessierten Veranstaltungsteilnehmer:innen für das Wahlprogramm und sendeten wichtige Signale ins Land: Die niedersächsische SPD hat die richtigen Antworten auf die Fragen der Bürgerinnen und Bürger und will auch in den kommenden Jahren verlässlich und erfolgreich regieren.

Der Wahlkampfauftakt wurde durch Kundgebungen in Cuxhaven und Emden eingeläutet: Bei bester Stimmung kamen in der Kugelbake-Halle Cuxhaven mehr als 800 Personen zusammen; die Veranstaltung im Emdener Stadtgarten wurde von ca. 500 Bürger:innen und Genoss:innen besucht. In Braunschweig und Hannover fanden die beiden Abschlussveranstaltungen statt: Im Braunschweiger Kulturzentrum Westand kamen gut 400 Interessierte zusammen; auf dem Platz an der Hannoverschen Marktkirche drängten sich bis zu 1.200 Personen. Alle Kundgebungen wurden online live gestreamt. Hierdurch wurden circa 14.000 weitere Bürger:innen erreicht.

Eine besondere Herausforderung waren in diesem Wahlkampf die immer wiederkehrenden Versuche von selbsternannten »Querdenkern«, die Veranstaltungen zu stören. Nachdem dies beim Wahlkampfauftakt der SPD Hannover nicht vollständig verhindert werden konnte, erhöhte der Landesverband die Sicherheitsvorkehrungen und setzte sein Hausrecht gegenüber potenziellen Störer:innen konsequent durch. So konnten die Großveranstaltungen ohne größere Störungen durchgeführt werden.

Öffentlichkeitsarbeit und Social Media

Die Abteilung Kommunikation des Landesverbandes kümmert sich um die Pressearbeit sowie die stete Weiterentwicklung der Social-Media-Kanäle und der Websites des Landesverbandes sowie des Landesvorsitzenden Stephan Weil. 2021 ging es vor allem um die Begleitung des Kommunal- und Bundestagswahlkampfes, mit Beginn des Jahres 2022 wurde dann die Landtagswahlkampagne vorbereitet und durchgeführt. Neben der Kommunikation, die durch den Landesverband selbst gestaltet wird, werden auch die Gliederungen, Mitglieder und Mandatsträger:innen in ihrer Kommunikation unterstützt, z. B. durch Materialien, Workshops und individuelle Beratung.

Dialog-Team

Im Jahr 2022 wurde die Kommunikation durch das fünfköpfige Dialog-Team unterstützt, das ausschließlich mit Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt stand, um Anfragen in den sozialen Medien, per Mail, Telefon und Brief zu bearbeiten. Mit Unterstützung professioneller Tools wurde das Community-Management professionalisiert und die SPD Niedersachsen konnte aktiv in den Dialog mit den Menschen treten. In den Hochzeiten des Wahlkampfes wurden Hunderte, teilweise bis zu 1000 Kommentare und Nachrichten unter Postings und Anzeigen bearbeitet. Hinzu kommt eine nicht zählbare Masse an Mails und Telefonaten. Wie bereits im Wahlkampf 2017 war das Dialog-Team ein wichtiger Bestandteil, um die Botschaften der Kampagne zu verbreiten und auf Nachfragen, Stimmungen und Kritik einzugehen. Es gelang zudem, Hass und Hetze von den durch die SPD Niedersachsen verwalteten Seiten fernzuhalten und für einen gesitteten Austausch zu sorgen.

Unterstützung der Kandidierenden und Gliederungen

Neben der eigenen Kommunikation des Landesverbandes, war es das Ziel, die Gliederungen und Kandidierenden zu einer möglichst eigenständigen und individuellen Öffentlichkeitsarbeit zu befähigen, die passend für die Bedürfnisse und individuellen Wahlkämpfe vor Ort sind. Zur Unterstützung im Landtagswahlkampf stellte der Landesverband deshalb auf dem internen Bereich der Website zahlreiche Materialien und Informationen zusammen, die Wahlkämpfende, Hauptamtliche und Kandidierende in ihrem Wahlkampf unterstützten. Ergänzend dazu gab es u. a. über Canva Vorlagen für die eigene Social-Media-Arbeit, die auch individualisierbar waren. Mit Civic wurden die Kandidierenden und Gliederungen befähigt, selbst Werbung in den sozialen Medien zu schalten, hierbei konnten sie sich von Mitarbeitenden des Landesverbandes beraten lassen. Um alle am Wahlkampf beteiligten Mitglieder stetig zu informieren, gab es zudem Newsletter mit wichtigen Informationen zu neuen Umfragen, Bestellungen, Produkten und inhaltlichen Schwerpunkten der Kampagne.

Presse

Die Pressearbeit des Landesverbandes ergänzt die Arbeit der von uns geführten Regierung und Fraktion. 2021 wurde vor allem der Bundestagswahlkampf durch die Koordination von Medienbegleitungen und Planung von Interviews unterstützt, um Gliederungen und Kandidierende in den Medien zu platzieren. 2022 wurde die Medienplanung strategisch in die Kampagnenarbeit integriert. So gab es Pressekonferenzen zu jeweiligen Meilensteinen der Landtagswahlkampagne und politischen Initiativen (Pressekonferenz am Rande der Landesvorstandsklausur mit dem Thema »Tablets ab Klasse 1«, Vorstellung des Claims und des Programms, gemeinsame Pressekonferenz mit Olaf Scholz am Rande der Landesvertreterversammlung, Präsentation der Großflächenplakate, 1-Milliarde-Sofortprogramm gegen die Energiekrise). Darüber hinaus wurden Interviews und Medienbegleitungen durch Journalistinnen und Journalisten aus dem ganzen Bundesgebiet für den Spitzenkandidaten koordiniert. Es gelang außerdem, Kandidierende in der medialen Berichterstattung unterzubringen. So waren mit u. a. Stephan Weil, Adis Ahmetovic und Tim Julian Wook »Köpfe« der niedersächsischen SPD in einer Dokumentation des SWR über die SPD ein Jahr nach der Bundestagswahl zu sehen. Die Presseabteilung unterstützte darüber hinaus die Kandidierenden mit Sprachregelungen zu aktuellen und kritischen Themen.

Das Ergebnis

Am Abend des 9. Oktober 2022 wurde dann im Capitol in Hannover kräftig gefeiert: Die SPD wurde zum zweiten Mal in Folge stärkste Kraft und hat im Landtag seitdem zusammen mit den Grünen eine Mehrheit. 57 Kandidat:innen gewannen ihren Wahlkreis direkt.

Die Koalitionsverhandlungen

Am Tag nach der Landtagswahl trafen sich Präsidium und Landesvorstand, um zu beschließen, was bereits am Abend zuvor abzusehen war: Koalitionsverhandlungen mit den Grünen. Gemeinsam mit den Grünen einigte man sich rasch auf den Ablauf: Zuerst wurden inhaltliche Fachgruppen gebildet, die die Textentwürfe für die einzelnen Kapitel des Koalitionsvertrages vorverhandeln sollten. Nach rund einer Woche Verhandlungen dieser Arbeitsgruppen begannen dann die »Hauptverhandlungen«: In den Räumen des Landessportbundes in Hannover wurde rund eine Woche lang jeder Kapitelentwurf gesichtet und besprochen und, wenn nötig, nachverhandelt, bis man sich in allen Punkten eine Einigung erzielt hatte. Am 2. November konnten Stephan Weil und Julia Willie Hamburg dann den Vertrag mit dem Titel »Sicher in Zeiten des Wandels« ihren Parteien und der Öffentlichkeit vorstellen.

Kundgebungen im Landtagswahlkampf

Zu Beginn und zum Abschluss der heißen Wahlkampfphase fanden jeweils zwei Großveranstaltungen statt. SPD-Spitzenkandidat Stephan Weil, die Kandidierenden und zahlreiche prominente Unterstützer:innen wie Bundeskanzler Olaf Scholz, SPD-Bundesvorsitzender Lars Klingbeil, Bundesminister Hubertus Heil und die Ministerpräsidentinnen Manuela Schwesig und Malu Dreyer richteten in Reden und Talks motivierende Worte an die Wahlkämpfenden, warben bei den interessierten Veranstaltungsteilnehmer:innen für das Wahlprogramm der SPD und sendeten wichtige Signale ins Land: Die niedersächsische SPD hat die richtigen Antworten auf die Fragen der Bürgerinnen und Bürger und will auch in den kommenden Jahren verlässlich und erfolgreich regieren.

Der Wahlkampfauftakt wurde durch Kundgebungen in Cuxhaven und Emden eingeläutet: Bei bester Stimmung kamen in der Kugelbake-Halle Cuxhaven mehr als 800 Personen zusammen, die Veranstaltung im Emdener Stadtgarten wurde von ca. 500 Bürger:innen und Genoss:innen besucht. In Braunschweig und Hannover fanden die beiden Abschlussveranstaltungen statt: Im Braunschweiger Kulturzentrum Westand kamen gut 400 Interessierte zusammen; auf dem Platz an der Hannoverschen Marktkirche drängten sich bis zu 1.200 Personen. Alle Kundgebungen wurden online live gestreamt. Hierdurch wurden circa 14.000 weitere Bürger:innen erreicht.

EHRENAMTLICHE SIND UNSER RÜCKGRAT POLITISCHE BILDUNG BEIM SPD-LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

*»Nur die demokratische Gesellschaftsordnung
bedarf der emanzipatorischen Bildung,
weil nur sie gelernt werden muss, tagtäglich,
bis ins hohe Alter hinein.«*

Oskar Negt (2013)

Das Gesetz über die politischen Parteien, kurz Parteiengesetz, schreibt den Partei-en in Deutschland ins Stamm-buch, die politische Bildung anzuregen und zu vertie-fen (Paragraf 1, Abs. 2). Innerhalb der niedersächsischen Sozialdemokratie mit dem SPD-Landesverband und den vier Bezirken Braunschweig, Hannover, Nord-Nieder-sachsen und Weser-Ems blickt dieser Arbeitsbereich der (inner-) parteilichen politischen Bildung auf eine leben-dige Tradition. Seit den 1970er Jahren engagiert sich die Partei in der Fort- und Weiterbildung von Genoss:innen. Die vier SPD-Bezirke und der SPD-Landesverband Niedersachsen organisieren unter dem Dach der Politischen Bildungsgemeinschaft Niedersachsen e.V. (PBN e.V.) seit 2009 gemeinsam die politische Bildungsarbeit. Der PBN steht die Land-tagsabgeordnete Dr. Silke Lesemann (Bezirk Hannover) vor. Der fünfköpfige Vor-stand der PBN um-fasst neben der Vorsitzenden die Stellvertreter:innen Detlef Tanke (Bezirk Braunschweig), Petra Tiemann (Bezirk Nord-Niedersachsen) und Deniz Kurku (Bezirk Weser-Ems) sowie den ehrenamtlichen Geschäftsführer, Christoph Matterede (Bezirk Hannover).

Bei den parteibezogenen Bildungsangeboten wird die Politische Bildungsgemein-schaft stark von hauptamtlichen Kolleg:innen der SPD unterstützt. Gerade während der Wahlkämpfe im Berichtszeitraum organisierten Daniel Cord und Ines Geerling-Schütte, begleitet durch ein ca. 30-köpfiges, hoch qualifiziertes Team ehrenamtli-cher Teamer:innen und Teamer vielfältige Angebote für Kandidierende, Mandatsträger:innen und Ehrenamtliche. Einen Schwer-punkt bildete im Berichtszeitraum die Unterstützung des Landtagswahlkampfes.

Kritisch-emanzipatives Bildungsverständnis

Außerhalb der SPD bauen die qualitativ hochwertigen, konzeptionell fundierten und praktisch ausgerichteten Se-minarangebote der PBN e.V. auf eine gewachsene und auch schriftlich fixierte Kooperation mit dem Bildungs- und Tagungszentrum HVHS Springe e.V. (gemeinschaftlich von den Gewerkschaften und der SPD getragen), der Fried-richt-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen, sowie dem Bildungswerk Arbeit und Leben Niedersachsen auf. Grundsätzlich stehen dabei die gemeinsamen Bildungsangebote der PBN allen Bürger:innen in Niedersachsen offen. Bildungsangebote unter der Fahne der SPD richten sich ausschließlich an Mitglieder der Partei.

Das Jahresprogramm des Kooperationspartner PBN e.V. bietet interessierten Seminarteilnehmenden ein breites Angebot diverser Themen und Fortbildungsmöglichkeiten. Mit den Bildungsprogrammen 2020 bis 2022 bot die PBN e.V. neben mehrtägigen Seminaren und Bildungsurlauben in der Heimvolkshochschule Springe die Durch-führung von meist eintägigen Kurz-Seminaren, den sogenannten Ruf-Seminaren, an. Gestiegen ist, nicht zuletzt aufgrund der Pandemie, die Nachfrage nach Online-Seminaren und digitalen Bildungsformaten. Moderationen von Klausuren und Programm- oder Wahlkampf-Werkstätten ergänzen das Programm. Vielfach bezogen sich diese Anfragen 2021 auf die Kommunal- und Bundestagswahlen, 2022 vorwiegend auf die Landtagswahl.

Bildungsangebote werden von Ehrenamtlichen getragen

In der praktischen Arbeit wird die Politische Bildungsgemeinschaft Niedersachsen, aber auch die parteieigenen Angebote der SPD, stark von ehrenamtlichen Teamer:innen geprägt – sie sind das Rückgrat funktionierender Bildungsarbeit und Träger:innen des kritisch-emanzipativen Bildungsverständnisses. Nur mit ihrem Knowhow und ihrer gelebten Haltung eröffnen sie die erforderlichen Räume zur politischen (Weiter-)Bildung und können Mitglie-dern einen Instrumentenkoffer anbieten, dessen Nutzen sie in den vielfältigen Herausforderungen des politischen Handelns unterstützt.

In den zurückliegenden drei Jahren stellten sich die von der SPD unterstützten Bildungsangebote in Niedersachsen in den Dienst der anstehenden Wahlen. Gerade kommunalpolitisch engagierte Genoss:innen finden in den Seminaren und Workshops hilfreiches Handwerkszeug, sei es für ein kommunales Mandat oder für die Aufgabe von hauptamtlichen Verwaltungsbeamt:innen. Mitglieder von Vorständen beteiligen sich ebenso an den Bildungsangeboten wie Aktive aus den Arbeitsgemeinschaften oder Neumitglieder. Seit einigen Jahren wird zusätzlich die Ansprache von Mitgliedern ohne Amt oder Mandat intensiviert, um eine größtmögliche Tiefe innerhalb der niedersächsischen Parteimitgliedschaft zu erreichen.

Bildungsangebote für Frauen erfreuen sich sehr guter Nachfrage

Erstmals in 2018 führte die PBN in Kooperation mit dem SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen eine dreiteilige Reihe für politisch interessierte Frauen innerhalb der SPD durch. Das Angebot vermittelt Frauen ohne Partei- oder Mandatserfahrung methodische Kenntnisse und Kompetenzen für ein politisches Engagement. Sehr erfreulich entwickelte sich seither die Quote von teilnehmenden Frauen. Lag diese 2017 noch bei 34 Prozent, konnte die Beteiligung von Genoss:innen bis 2022 auf über 40 Prozent gesteigert werden. Im Vergleich zum Anteil weiblicher Parteimitglieder in Niedersachsen erreichen die Bildungsangebote damit überdurchschnittlich viele Frauen. Diese Angebote werden seit 2022 gebündelt in der neuen Programmkategorie »Frauen in die Politik«. Die Angebote von Frauen für Frauen bilden einen immer wichtigeren Programmpunkt innerhalb der politischen Bildung.

Nach der zurückliegenden Pandemie mit ihren teils gravierenden Folgen für die aktive Bildungsarbeit erholte sich zuletzt die Seminararbeit. Großer Nachfrage erfreuen sich drei- bis fünftägige Bildungsurlaube. Insbesondere die fünftägigen Seminare von Montag bis Freitag eröffnen Arbeitnehmer:innen ein attraktives Bildungserlebnis, weil sie Kompetenzvermittlung, Netzwerk-Arbeit und Freizeitgestaltung verbinden.

Breites Portfolio von Bildungsformaten

Zu den bewährten Seminarangeboten zählen Formate zu Rhetorik und politischer Rede, zu Argumentationstechniken und Handwerkszeug gegen populistische oder demokratiefeindliche Bestrebungen. Kommunalpolitische Fragestellungen werden ebenso angeboten in mehrtägigen, vertiefenden Seminaren, wie Fortbildungen für Gliederungen. Gerade Angebote zu Statut- und Verfahrensfragen sowie Arbeitsweisen von Vorständen erfreuen sich großer Beliebtheit. Über eine gute Seminarauslastung kann ferner der Bereich der Seminare von Frauen für Frauen berichten. Unter dem Eindruck der Pandemie ist der Seminarbereich Rhetorik und politische Rede kontinuierlich weiterentwickelt worden – sowohl mit Blick auf die angewandte Methodik als auch die vermittelten digitalen Inhalte. Nichtsdestotrotz liegt der Fokus weiter auf das gemeinsame Lernen unter einem Dach.

Unterstützung von Kandidierenden zur Landtagswahl im Fokus

Die innerparteiliche politische Bildung legte im zurückliegenden Jahr einen Schwerpunkt auf die Unterstützung und Förderung von Kandidierenden zur Landtagswahl. Im SPD-Landesverband organisierten die hauptamtlichen Mitarbeitenden der Erwachsenenbildung gemeinsam mit den Kolleg:innen der Kampa den Kandidierenden-Konvent zur Landtagswahl. Über drei Tage hinweg kamen diese auf Einladung des Landesverbandes in Springe zusammen. Bei der politischen Bildung lagen das Anmeldemanagement, die Organisation von Ablauf und Workshops. Zu unterschiedlichsten Themen wählten die Kandidierenden aus hilfreichen Workshop-Themen, um sich zu stärken und weiterzubilden. Der Landesvorsitzende Stephan Weil, Landesgeschäftsführer Axel Rienhoff sowie die beteiligten Agenturen stellten die Kampagne vor und motivierten für die folgende Wahlkampfzeit. Der Parteivorsitzende Lars Klingbeil unterstützte als Gastreferent. Einen wesentlichen Baustein des Kandidierendenkonvents bildete zusätzlich das zentrale Foto-Shooting in Springe.

FRAUENKONGRESS 2022

Unter dem Motto #empowHER fand am 05. März 2022 eine interaktive Podiumsdiskussion statt zum Thema »Vorurteil vs. Vorbild – welche Frauen uns inspirieren und wie wir selbst zur Mutmacherin werden«. An der Diskussion im Studio nahmen teil Hanna Naber, damalige Generalsekretärin der SPD Niedersachsen, Prof. Dr. Annika Schach - Professorin an der HS Hannover für Kommunikationsexpertin, Delara Burkhardt, Abgeordnete im EU-Parlament und Denise Hain, Vorstandin der ÜSTRA.

Gegenstand der Diskussion waren die Themen Frauen im Ehrenamt, Frauen im Beruf sowie Frauen in der Politik. Dabei ging es um kontroverse Themen wie die Frauenquote, aber auch um die Notwendigkeit der Flexibilisierung von Arbeitsmodellen, die Aufteilung der sogenannten Care-Arbeit und die Solidarität unter Frauen.

Diskussionsbeiträge lieferten auch Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil, Sozialministerin Daniela Behrens, Daniela Cavallo als Vorsitzende des Gesamt- und Konzernbetriebsrats bei Volkswagen sowie SPD-Vorsitzende Saskia Esken und Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz.

FRAUENKONGRESS 2023

Frauenpolitik am Arbeitsmarkt war das Schwerpunktthema des 4. Frauenkongresses #empowHER, der am 04. März in Hannover stattfand. In den Grußworten betonten der Landesvorsitzende Stephan Weil, Bundespartei-vorsitzende Saskia Esken sowie der niedersächsischen Gleichstellungsminister Dr. Andreas Philippi die große Bedeutung von paritätischer Repräsentanz in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.

Anschließend diskutierte Dr. Andreas Philippi mit der Bundestagsabgeordneten Cansel Kiziltepe, Niedersachsens Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Wiebke Osigus und die gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Dr. Thela Wernstedt, welche Umstände Frauen in ihrer Karriere ausbremsen und wie moderne Gleichstellungspolitik diese Hürden abbauen kann.

Die stellvertretende Landesvorsitzende Dr. Dörte Liebethuth bot anschließend eine Führung durch den Landtag an. Dabei erhielten die interessierten Kongressteilnehmenden spannende Einblicke hinter die Kulissen des Parlaments.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

In Niedersachsen organisieren sich die Arbeitsgemeinschaften weiterhin entweder auf Bezirks- oder auf Landesebene. Die Arbeitsgemeinschaften, die auf Bezirksebene bestehen und dort ihre Vorstände wählen (AGS, AfA, ASF, ASG, SelbstAktiv, 60plus), treffen sich auf Landesebene in sogenannten Landesausschüssen. In diese entsenden sie zum Zwecke des gegenseitigen Informations- und Meinungsaustausches Vertreter:innen aus den vier Bezirken. Einen Landesverband bilden die Jusos, die AfB und die ASJ. Alle im Landesverband bestehenden Arbeitsgemeinschaften entsenden ein beratendes Mitglied in den SPD-Landesvorstand.

Nachstehend die im Landesverband Niedersachsen in den Jahren 2021/2023 bestehenden Arbeitsgemeinschaften und Landesausschüsse mit ihren jeweiligen Sprecher:innen beziehungsweise Vorsitzenden:

AfA – Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer:innenfragen

Sprecherin: Gaby Willers

ASF – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Sprecherin: Katja Brößling

ASG – Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokrat:innen im Gesundheitswesen

Sprecher: Andreas Hammerschmidt

AfB – Arbeitsgemeinschaft für Bildung

Vorsitzende: Elke Tonne-Jork

ASJ – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Jurist:innen

Vorsitzender: Robert Nicholls

Jusos – Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialist:innen

Doppelspitze: Besian Krasniq / Ronja Laemmerhirt

SelbstAktiv

Sprecher: Karl Finke

60plus – Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Senior:innen

Sprecherin: Barbara Klausmeyer

AfA Landesausschuss Niedersachsen

Die Bezirke Hannover, Braunschweig und Weser-Ems arbeiten auf Landesebene seit mehreren Jahren zusammen und bilden die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit als Landesausschuss. Sprecherin ist Gabriele Willers aus dem Landkreis Schaumburg/Bezirk Hannover. Der Landesausschuss tagt je nach Bedarf in digitaler Form oder in Präsenz und tauscht sich regelmäßig über aktuelle Themen aus. Der Vorstand wird durch Beigeordnete aus verschiedenen Organisationen bereichert um übergreifende Themen, die wichtig für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind, zu erörtern. Trotz der Pandemie fanden gemeinsame Aktivitäten über die Bezirke hinaus statt.

Niedersachsens Automobilindustrie hat unverändert für unsere Arbeit eine überragende Bedeutung. Mit seiner Arbeit will die AfA sicherstellen, dass Wachstum und Beschäftigung in Niedersachsen insbesondere in diesem Bereich erhalten bleiben. Sie hat uns dafür eingesetzt, dass die rund 360.000 Beschäftigten in dieser Branche ihre Arbeitsplätze behalten. Auch das VW-Gesetz bedeutet Versorgungssicherheit. Als Garant für gute und sichere Arbeitsplätze in der Zukunft ist es besonders wertvoll und muss aus Sicht der AfA erhalten bleiben.

Seit Mitte Dezember 2021 hat die AfA anlässlich der anstehenden Landtagswahlen in unterschiedlichsten Gruppen an Themen und Texten für das Wahlprogramm gearbeitet. Ihr Ziel war es, ihre Inhalte frühzeitig einbringen und damit die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Vordergrund des Landtagswahlkampfes zu stellen. Es wurde ein umfangreiches Themenpapier erarbeitet, welches sich auch an vielen Stellen im Regierungsprogramm wiederfindet. Die AfA hat sich u. a. Gedanken über Möglichkeiten zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gemacht. Es wurden neben der Forderung nach der Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge viele weitere Maßnahmen kodifiziert, welche aus Sicht der AfA, wenn auch bisher leider nur zu Teilen, bereits erfolgreich umgesetzt wurden. Der Erhalt und die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte waren permanent auf der Agenda. Die AfA hat die Anwendung und Einhaltung der Tarife ständig angemahnt. Dem Ziel folgend, einen modernen Sozialstaat zu schaffen, hat sich die AfA für die Forderung nach modernen Aus- und Weiterbildungsformen eingesetzt. Es ist klargeworden, dass eine nachhaltige sozial-ökologischer Verkehrs- und Energiewende nur gelingen kann, wenn die dafür notwendigen Ressourcen auf Dauer sichergestellt werden. Hierzu ist es erforderlich, die bestehenden demokratischen Errungenschaften dauerhaft zu sichern und den Frieden in Europa schnell wiederherzustellen. Hierzu war dem AfA bei seiner Mitarbeit in den Gremien besonders wichtig, fremdenfeindlichen Tendenzen in jeder Form, insbesondere gegenüber allen Geflüchteten, frühzeitig konsequent entgegenzutreten. Die Forderung nach deutlicher Vereinfachung der Zugänge zum Arbeitsmarkt wird ein verlässliches Miteinander fördern.

Die Aufgabe des AfA ist es, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Transformation zu begleiten. Die Gesellschaft verändert sich, die Arbeitswelt verändert sich noch schneller. Die AfA arbeitet daran, Lösungen für die Zukunft zu finden, gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften und unseren befreundeten Organisationen.

Denn nur gemeinsam kann dies gelingen!

Hannover im März 2023

ASF-Landesausschuss Niedersachsen

Im ASF-Landesausschuss (LA) wurde beschlossen, die Ausschusssprecherinnenfunktion unter den vier Bezirken (Braunschweig, Hannover, Nord-Niedersachsen und Weser-Ems) in alphabetischer Reihenfolge alle zwei Jahre rotieren zu lassen. Die jeweiligen Bezirke wählen dabei intern Sprecherin, Protokollantin und Geschäftsführerin. Am 15.01.22 erfolgte die Übergabe auf den Bezirk Nord-Niedersachsen (NN). Der Bezirksvorstand NN entschied sich, die Aufgaben auf drei Personen zu verteilen: Katja Bröbbling (Sprecherin), Ute Heidenreich (Protokollantin) und Sigrid Richter (Geschäftsführerin). Als Sprecherin wurde Katja Bröbbling auf der LA-Sitzung am 15.01.22 einstimmig bestätigt. In Zukunft soll der Wechsel der Sprecherinnenfunktion an die Amtsperiode des SPD-Landesvorstandes gekoppelt werden. Die weiteren Mitglieder des LA können der beigelegten Übersicht entnommen werden. Mit der erfolgreichen Wahl von Christine M. Kaiser (Bezirk Braunschweig) in den ASF-Bundesvorstand (BuVo) wurde die Verbindung zur ASF auf Bundesebene fortgeführt. Die vier Bezirke unterstützen u.a. durch Regionaldialoge die be-

stehenden ASF-Vorstände sowie Neu- bzw. Wiedergründungen in den Unterbezirken. Ein regional übergreifend zugänglicher Online-Katalog als Ideen-Lieferant für ASF-Veranstaltungen vor Ort erweitert dabei diese Unterstützung. Für die direkte Kontaktpflege zum Landesfrauenrat Niedersachsen (LFRN) wurden Monika Cibura (Bezirk Hannover), Christine M. Kaiser (Bezirk Braunschweig) als Delegierte und Brigitte Zimmermann (Bezirk Hannover) als Ersatz-Delegierte benannt.

Der Berichtszeitraum 2021/2023 war stark geprägt von der Corona-Pandemie, aber auch den diversen Wahlen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Hier brachte sich die ASF auf allen Ebenen und in vielfältiger Weise in die Wahlkämpfe ein. Darüber hinaus standen im LA vor allem folgende Themen im Vordergrund:

- Parität (Umsetzung, Implementierung in Satzungen sowie der Wahlrechtsreform)
- Frauenhäuser (Situation, Entwicklung eines Fragebogens)
- Gewalt gegen Frauen (insbesondere in der Pandemie)
- Aktuelle Situation von Frauen in Afghanistan und im Iran
- Geschlechterspezifische Medizin und Unfallvorsorge
- Vernetzung der ASF (insbesondere mit Jusos und AG 60+)
- Frauenkongress 2023
- Europawahl 2024
- ASF-Antragsrecht auf Landesebene

Zu diesen und weiteren Themen hat es vielfältige Aktionen, Veranstaltungen und Initiativen gegeben. So fanden beispielsweise anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen in Unterbezirken des Bezirks Braunschweig Kunstausstellungen statt, und die Social-Media-Aktivitäten zur Sichtbarmachung der frauenpolitischen Aktivitäten wurden erheblich ausgebaut.

Die Übergabe der Sprecherinnenfunktion ist für August 2023 geplant voraussichtlich auf den Bezirk Weser-Ems.

Katja Bröbbling, Sprecherin ASF-Landesausschuss

Rechenschaftsbericht AfB

Seit März 2020 gab es in unserem Leben viele Einschränkungen. Bedingt durch die Pandemie fielen viele Dinge weg oder mussten in einer anderen Art und Weise stattfinden. Das gilt natürlich auch für politische Aktivitäten. Es entsteht der Eindruck, dass viele in »Tiefschlaf« gefallen sind und andere schlichtweg keine Lust mehr auf »Videoschalten« haben. Um diesen ganz wichtigen Punkt will sich die AfB kümmern.

Aufgabe eines Vorstandes ist es, die politische Arbeit zu gestalten, präsent zu sein, sich um Mitglieder zu kümmern, Kontakte zu befreundeten Organisationen zu halten und – ganz besonders wichtig –, sich um Vernetzung zu bemühen, um die anfallenden Arbeiten auf möglichst viele Schultern zu verteilen. Aufgabe der AfB ist es, Bürgerinnen und Bürgern zu zeigen, dass unsere demokratischen Werte zu verteidigen sind, dass die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von ihrer Politik überzeugt sind.

Die Sozialdemokratie will, dass es gerechter zugeht, sie will gleiche Lebens- und Bildungschancen, dass Arbeit einen Wert hat und dass die Erde für folgende Generationen bewohnbar bleibt.

SPD-Politik ist Bildungspolitik!

Ein großes Problem für die AfBin Niedersachsen besteht darin, dass wir von der Landesebene aus nicht alle unsere Unterbezirke erreichen. Da es in Niedersachsen noch vier Bezirke gibt, müssen diese verstärkt in die Arbeit eingebunden werden. Unsere Aufgabe als Landesvorstand ist es, Lösungsvorschläge zu erarbeiten und Ideen zu entwickeln, wie wir die Bildungsthemen in alle Unterbezirke transportieren können.

Trotz aller Schwierigkeiten haben die AfB-Mitglieder weiterhin jeden dritten Donnerstag im Monat miteinander gesprochen, per Schalte, nun hoffentlich wieder durchgehend in Präsenz. Es gibt einen geschäftsführenden Vor-

stand, der ebenfalls regelmäßig tagte. Auch wurde die Arbeit in den Arbeitskreisen wiederaufgenommen. Die AfB beschäftigt sich mit den Themen Inklusion, BBS, Lehrerbildung, KitaG und Erwachsenenbildung.

Zur Landtagswahl im Herbst 2022 wurde von der AfB ein Flyer erstellt, der im Wahlkampf eingesetzt wurde und zu dem es große Zustimmung gab.

Elke Tonne-Jork, Vorsitzende

Rechenschaftsbericht Jusos

Der amtierende Juso-Landesvorstand wurde auf der ordentlichen Landeskonferenz am 03. und 04. Dezember 2022 gewählt und arbeitet seitdem an der Umsetzung des verabschiedeten Arbeitsprogramms sowie der tagesaktuellen Begleitung der niedersächsischen Landespolitik. Der amtierende Landesvorstand besteht aus den beiden Vorsitzenden Ronja Laemmerhirt (UB Diepholz) und Besian Krasniqi (UB Osnabrück-Land) sowie den stellvertretenden Vorsitzenden Birhat Kacar (UB Soltau), Inga Meyer (UB Region Hannover), Ole Moszczyński (UB Region Hannover), Lea Husmann (UB Schaumburg), Paul Simeon Pollenske (UB Oldenburg/Ammerland), Leonie Lüken (UB Emsland), Johannes Hochhaus (UB Stade), Mereth Platzer (UB Leer), Robin Löbnitz (UB Emden), Maryam Al-Wakeel (UB Salzgitter), Carl-Jonas Mader (UB Gifhorn) und Nona Lynn Beuße (UB Heidekreis). Zur Unterstützung der Arbeit des Landesvorstands sind kooptiert: Fatima Kaftan (UB Celle) in ihrer Funktion als Juso-Landesgeschäftsführerin, Laura Jessen (UB Osnabrück) für die Juso-Hochschulgruppen, die Vorsitzenden der vier Juso-Bezirke und das Präsidium des Juso-Landesausschuss.

Grundsätzliche Arbeitsweise

Der Landesvorstand versteht sich als Vertretung der niedersächsischen Jusos in der öffentlichen Diskussion und der innerparteilichen Willensbildung auf Landesebene. Er bringt die jungsozialistischen Positionen in die landespolitischen Debatten ein, steht den Unterbezirken und Kreisverbänden als Ansprechpartner zur Seite und unterstützt diese bei ihrer Arbeit. Die Juso-Verstände arbeiten in enger Abstimmung mit den Bezirken und den Juso-Hochschulgruppen zusammen. Auch mit der Landespartei sind sie in einem kontinuierlichen Austausch, der insbesondere im Wahlkampf und in der Regierungsbildung von Bedeutung war.

Der Landesvorstand hat sich alle zwei Wochen zu digitalen Sitzungen getroffen. Präsenzsitzungen waren aufgrund der Pandemie und Fahrtwegen nur eingeschränkt möglich. Während der Wahlkampfphase hat sich der Juso-Vorstand zu wöchentlichen Sitzungen getroffen. Zudem hat er zwei Klausurtagungen durchgeführt, um das Jahr und die politischen Bildungsveranstaltungen sowie den Wahlkampf zu planen, aber auch um die Zusammenarbeit innerhalb des Vorstandes zu stärken.

Schwerpunkte

Im Jahr 2021/2022 war die Vorstandsarbeit nach wie vor von der Corona-Pandemie und den mit ihr einhergehenden Einschränkungen geprägt. Zum dritten Quartal des Jahres 2022 konnte die politische Arbeit wieder vermehrt in Präsenzveranstaltungen durchgeführt werden. Die geplanten Veranstaltungen 2023 werden wie gewohnt in Präsenz stattfinden.

Feminismus

Zum Frauentag haben die Jusos verschiedene Slides für Instagram erstellt, die zeigen, warum für Feminismus auch heute noch gekämpft werden muss. Die Jusos haben gemeinsam mit dem Bündnis vor dem niedersächsischen Landtag demonstriert und sich im Austausch mit der damaligen Sozialministerin Daniela Behrens für den Ausbau von Frauenhäusern stark gemacht. In diesem Jahr haben die Jusos mit einem Bündnis für Solidarität mit den Frauen im Iran demonstriert und an der Großkundgebung teilgenommen. Sie haben ebenfalls eine FINTA-Ver netzung durchgeführt, die gut angenommen wurde. Die Jusos wollen auch weiterhin FINTA-Personen einen Ver netzungsraum in unserem Landesverband bieten und durch ihre Arbeit FINTA-Personen in der politischen Arbeit unterstützen. Zudem wollen sie durch Bündnisarbeit auf Gewalt gegen Frauen aufmerksam machen und diese bekämpfen. Außerdem haben sie mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren im Bereich der Queerpolitik vernetzt.

Bildung

Der Bereich der Bildungspolitik war auch für den aktuellen Landesvorstand sehr wichtig. Er hat zum Ende des letzten Jahres, gemeinsam mit dem LSR, einen Thementag zur Demokratieförderung in den Schulen und Inklusion angeboten und konnte mit vielen Interessierten zu diesen Themen ins Gespräch kommen. Mit dem LSR haben sich die Jusos generell häufiger zu aktuellen bildungspolitischen Themen ausgetauscht, um auch immer die Perspektive der Schüler*innen mitdenken zu können.

Mit dem ehemaligen Kultusminister Grant Hendrik Tonne waren die Jusos mehrfach im kritisch-solidarischen Austausch. Gerade als es um die Fälle von mangelhaften und unwirksamen Selbsttests an den Schulen ging, haben sie sehr deutlich gemacht, dass sie hier schnelle Aufklärung und Anpassungen im Beschaffungswesen erwarten, um die Gesundheit der Schüler*innen zu schützen. Auch haben die Jusos ihre bildungs- und ausbildungspolitischen Forderungen mehrfach an den entscheidenden Stellen angebracht und verdeutlicht.

Im Sommer hat eine Schüler*innen-Vernetzung stattgefunden, die der Landesvorstand organisiert haben. Dieser geschaffene Rahmen der Vernetzung soll auch zukünftig fortgesetzt werden.

Mit den jungen Aktiven im Bundesverband Legasthenie und Dyskalkulie haben sich die Jusos ebenfalls austauscht, um diese Perspektive auf Bildungspolitik als Landesvorstand mitdenken zu können und auch in die Landespolitik zu tragen.

Hierbei starteten die Jusos ihre Arbeit mit einer Themenwoche zum Thema Antifaschismus. Diese setzt sich zusammen aus Post zu den Themen Novemberpogrome, Anerkennung von Opfern rechter Gewalt, Kritik am Verfassungsschutz, einem kritischen Blick auf die Identitäre Bewegung, einem Aufruf zur antifaschistischen Organisation und einem abschließenden Text zum Volkstrauertag. Die weitere Arbeit bestand in der Organisation und Durchführung der Themenwoche Antisemitismus. Hierbei definierten die Jusos zunächst den Begriff Antisemitismus, gingen kritisch auf christlichen Antisemitismus ein und führten anschließend die Felder des sekundären und anschließenden des israelbezogenen Antisemitismus aus. Zudem wurde mit der Vorsitzenden der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover, Dr. Rebecca Seidler, ein Interview geführt.

Abschließend thematisierten wir den Antisemitismus der Querdenker*innen und gedachten am 27. Januar den Opfern des nationalsozialistischen Vernichtungswahns.

Weiterhin kritisieren die Jusos regressive Vorstöße der CDU zu deren geplanten Integrationsgesetz und schlossen sich der Forderung nach einer lückenlosen Aufklärung der Todesumstände von Oury Jalloh an. Auch äußerte sich der Landesvorstand im vergangenen Jahr kritisch zur Luca-App und deren Datenschutzbestimmungen. Weiterhin gedachte er den Opfern des rassistischen Anschlags in Hanau am 19. Februar. Auch eine geplante Wiedereinführung der Wehrpflicht kommentierten er kritisch.

Um für geplante Demonstrationen gewappnet zu sein, boten die Jusos ein Online-Demo-Training am 28. Februar an.

Auch traten sie in den Austausch mit der Fraktion während des Schreibprozesses des Landtagswahlprogramms. Hier muss gesagt werden, dass die Jusos-Forderungen und Anmerkungen leider wenig Berücksichtigung fanden. Dies ist jedoch nicht nur im Bereich Inneres der Fall gewesen. Erfreulicherweise hatten Ronja Laemmerhirt und Johannes Hochaus beim Treffen des AK Inneres der SPD-Fraktion ein sehr produktives Treffen, welches von beiden Seiten als konstruktiv und positiv wahrgenommen wurde. Die Jusos würden den weiteren Austausch auch im kommenden Jahr sehr begrüßen!

Intern kommuniziert der Landesvorstand in einem Brief an den damaligen niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius seine Kritik am Polizeieinsatz im Rahmen des Herren-Fußball-Bundesligaspiels VfL Wolfsburg – SV Werder Bremen, wo Werder-Fans im Rahmen des NPOG aufgrund von konstruierten Gründen eingekesselt wurden. Die Jusos kritisieren den Einsatz und das Verhalten der Polizei und drückten erneut ihre Kritik am NPOG aus.

Umwelt

Der Juso-Landesvorstand war häufig im Austausch mit Olaf Lies ehemaliger Minister für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, und hat sich gemeinsam mit ihm für mehr Klima- und Umweltschutz stark gemacht. Gleichzeitig hat er immer sehr deutlich gemacht, dass sich die Jusos beim Ausbau der erneuerbaren Energieträger in Niedersachsen mehr Tempo wünschen und dies auch einfordern.

Wie im Arbeitsprogramm des Landesvorstands 2021/2022 angepeilt, haben sich die Jusos intensiv mit der Offshore-Industrie beschäftigt. Im Juli konnten sie das Werk von Siemens Gamesa in Cuxhaven besuchen und dort eine Werksführung erhalten. Bei dem von Termin konnten sie unter anderem mit Minister Olaf Lies und dem Geschäftsführer von Siemens Gamesa Deutschland ins Gespräch kommen und sich über die Perspektiven der Offshore-Windenergie in Deutschland austauschen.

Umwelt- und energiepolitische Themen haben in der Juso-Kampagne zur Landtagswahl ebenfalls eine hervorgehobene Rolle gespielt. Auch haben sich die Jusos auf Instagram hier mehrfach positioniert und ihre Forderungen deutlich gemacht.

Azubi-Ticket

Gemeinsam mit dem seit Jahren bestehenden Bündnis zum Azubi-Ticket haben die Jusos sich auch in diesem Jahr für die Einführung eines günstigen Ticktes für junge Menschen stark gemacht. Im Rahmen der Diskussion um das 9-Euro-Ticket haben sie sich zu den Aussagen des Finanzministeriums geäußert und klargemacht, wie sinnvoll ein solches Ticket ist und dass die Landesregierung definitiv in der Lage ist, dieses zu zahlen. Nachdem im vergangenen Jahr das 365-Euro-Ticket regional für Schüler*innen und Azubis umgesetzt wurde, steht nun das 29-Euro-Ticket für junge Menschen im Koalitionsvertrag.

Wählen ab 16

In einem Wahljahr bekommt die Diskussion um das Wahlalter immer wieder eine neue Bedeutung und rückt ins Rampenlicht. Die Jusos haben ihr Bündnis reformiert und um einige Organisationen wie den Landesschüler*innenrat oder den Landesjugendring erweitert. Gemeinsam haben sie mit mehreren Pressemitteilungen und zwei Kundgebungen vor dem Landtag erklärt, warum es so wichtig ist, dass junge Menschen wählen dürfen. Das Wahlalter 16 steht nun im Koalitionsvertrag. Die Jusos werden alles dafür tun, dies bis zur nächsten Wahl auch mit der CDU umzusetzen.

Politische Bildung

Durch die Pandemie hat die Juso-Bildungsarbeit mit digitalen Veranstaltungen begonnen. Hier haben die Jungsozialist*innen mit verschiedenem Referenten*innen zusammengearbeitet und digitale Abendveranstaltung zu verschiedenen Themen, wie zum Beispiel der Landeswohnungsbaugesellschaft, durchgeführt.

Nachdem es in Präsenz geplant war, wurde das Landesverbandswochenende im März kurzfristig auf Online umgestellt. Für dieses Seminar haben die Jusos Care-Pakete verschickt und trotz der Umstände ein buntes Programm verschiedener Seminare sowie zur Abendgestaltung angeboten. Im Sommer fand zudem das Kampa-Camp statt, bei dem sich die Jusos auf den Wahlkampf vorbereitet haben und Input zur Kampagne der SPD gegeben haben.

Zusammenarbeit mit SPD-Landesverband und Landtagsfraktion

Immer wieder sind die Jusos auf den Landesverband zugegangen und haben vor allem mit der damaligen Generalsekretärin Hanna Naber und mit dem Landesvorsitzenden einen engen Austausch gepflegt. Gerade im Wahlkampf war der Kontakt zu den Amts- und Mandatsträger*innen der SPD Niedersachsen außerordentlich gut. Die Zusammenarbeit verläuft – wie es dem Selbstverständnis der Jusos entspricht – immer kritisch solidarisch. Aber dennoch freundschaftlich und immer im guten Ton. Die Jusos haben – wenn nötig – ihre Kritik geäußert. Vorschläge und Themen wurden weitestgehend gut angenommen von der SPD. Sie schauen zufrieden zurück auf die enge Kooperation, die sie mit der neuen Landesregierung und insbesondere mit den Juso-Abgeordneten fortführen.

Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD

Rechte stärken – ausbauen

Rechenschaftsbericht von Selbst Aktiv, für den vergangenen Zeitraum von 2021 bis 2023

Mal lauter, mal leiser – aber wir von Selbst Aktiv sind als Stimme behinderter Menschen innerhalb und außerhalb der SPD präsent und wahrnehmbar. Hier kommen alle zu Wort; die häufig behinderungsbedingt lauter sprechen oder die andere Sprachprobleme haben.

Eines ist immer deutlich: Selbst Aktiv sind Expert:innen in eigener Sache und artikulieren dies auch. So sind sie in unterschiedlicher Stärke in allen Bezirken vertreten, gebündelt über ihre Vertretung auf Landesebene. Eigenständige, aktive Arbeitsgemeinschaften sind in den Bezirken Braunschweig und Hannover regelmäßig präsent. In den Bezirken Nord-Niedersachsen und Weser-Ems müssen die Selbst Aktivistinnen und Aktivisten neu zusammengeführt werden. In der Fläche ist es in der Regel schwieriger als in den Ballungsgebieten wie Hannover oder Braunschweig.

Auf Landesebene haben sich Selbst Aktiv durch konkrete Beteiligung bei der Landtagswahl eingebracht. Dies unter anderem durch eine zentrale Veranstaltung mit der damaligen Sozialministerin Daniela Behrens sowie einer gemeinsamen Presseerklärung, zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen, zur inklusiven Bildung. Diese Kooperation mit der AfB verdichtet sich gerade auch auf Bundesebene. Der Bezirk Braunschweig engagiert sich insbesondere in Arbeitnehmerfragen. So haben sie an der Hannoveraner Erklärung, eine gemeinsame Veranstaltung von Selbst Aktiv auf Bundes- und Landesebene, zum Thema Mindestlohn in Werkstätten, mitgewirkt. Referent war hier Ulrich Schreibner, der langjährige Bundesgeschäftsführer der Werkstätten für behinderte Menschen. Auch länderübergreifend hat Braunschweig den Wahlkampf von Katrin Gensecke in Sachsen-Anhalt engagiert unterstützt. Selbst Aktiv hat hierzu eine vierwöchige Medieninitiative zur Unterstützung von Katrin Gensecke gestartet. Hierin wurden die spezifischen Behindertenthemen aufgegriffen und mit dem politischen Handeln von Katrin Gensecke verknüpft. Diese Reihe wurde anschließend im Rahmen einer kleinen Broschüre veröffentlicht. Sie lag als Tischvorlage bei der Bundeskonferenz aus und war bei der Wiederwahl von Karl Finke als Co-Vorsitzender von Selbst Aktiv einer der Bezugspunkte.

Die Aktivitäten beziehen sich auf die Zeiten vor und nach Corona. Während der Corona-Zeit war es das Bestreben von Selbst Aktiv, die Arbeit fortzuführen und Inhalte zu vermitteln. Ebenfalls haben sie sich konkret in den Bundestagswahlkampf eingebracht. Menschen von Selbst Aktiv aus Niedersachsen haben Veranstaltungen mit dem damaligen Kanzlerkandidaten Olaf Scholz inhaltlich vorbereitet und gestaltet.

Was läuft aktuell: Im Herbst 2022 gab es coronabedingt eine zeitversetzte Bezirkskonferenz in Hannover mit den erforderlichen Neuwahlen. Sie wurde ordnungsgemäß, korrekt und mit viel Engagement durchgeführt.

Karl Finke wurde auch hier zum Vorsitzenden gewählt.

Ebenso wurde Ulrike Ernst in den Vorstand gewählt neben Claus Mohr für innere Koordination, sowie: Cornelia Fett, Deniz Levent Yürüyen, Hannelore Kükemück, Jutta Hautmann Lange, Heike Küchenmann, Klaus Wiedebohm, Gaby Baumgart und Niklas König. Daniela Fischer aus Braunschweig wurde zu Karl Finkes Stellvertreterin im SPD-Landesvorstand für Selbst Aktiv auf Antrag des Bezirk Braunschweig bestätigt.

Der Landtagsabgeordnete Constantin Grosch wurde für den neuen Vorstand kooptiert. Dieser Vorstand kam recht schnell ins Handeln. Er hat den Koalitionsvertrag aus behindertenpolitischer Sicht kommentiert und sich mit einer Note an Bauminister Olaf Lies gewandt und ihn im Vorhaben, die Landesbaugesellschaft neu zu gründen, bestärkt. »Selbstbestimmtes, barrierefreies Wohnen ist nicht nur eine soziale Frage, sondern auch eine Grundvoraussetzung für umfassende Teilhabe«, so Claus Mohr. Auch zur Frage der Ansprache und Versorgung von Flüchtlingen mit Behinderungen in Niedersachsen hat er sich für die AG eingebracht.

Niklas König, Klaus Wiedebohm und Can Düzdag schreiben an einem Antrag zum inklusiven Arbeitsmarkt.

Auch politische Gespräche wurden geführt. Im Herbst 22 konnte Selbst Aktiv mit der Sozialministerin Behrens über Zusammenarbeiten sprechen. Hier stand auch der Landesaktionsplan im Mittelpunkt, einem Arbeitsschwerpunkt von Ulrike Ernst. Zu Beginn von 2023 konnte die Arbeitsgemeinschaft den Regionspräsidenten Hannovers Steffen Krach sprechen. Ein Gespräch, das auf Initiative von Niklas König zustande kam. Inhaltlich ging es auch hier um den regionalen Aktionsplan sowie ÖPNV und Wohnen sowie die Region als Arbeitgeberin.

Ebenfalls hat der Bezirk Braunschweig unter reger Beteiligung am 26. April die anstehende Bezirkskonferenz mit Neuwahlen erfolgreich gestaltet. Karl Finke war als Referent anwesend und hat sich an der engagierten und positiven Diskussion beteiligt. Als Vorsitzender im Bezirk Braunschweig wurde Hans-Werner Eisfeld gewählt, sowie Daniela Fischer, Andreas Thies, Alexander Menzel und Benjamin Asche.

Zeit, sich zu finden, Zeit sich abzustimmen, Zeit, gemeinsames Handeln zu begründen. Dies ist Aufgabe von Klausurtagungen. Mit diesem Ziel hat Selbst Aktiv eine offene eintägige Klausur, am 29. April durchgeführt. Sie wurde von Hannelore Kükemück mit vorbereitet sowie von Ulrike Ernst inhaltlich strukturiert.

Die Klausur war gut besucht. Die gemeinsamen Inhalte wurden dann in der Hannoveraner Erklärung festgehalten. Eine Pressemitteilung zum 5. Mai, dem Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, war ein Ergebnis der Klausurtagung.

Tenor ist: Das 3R-Modell aus der aktiven Frauenpolitik auch für Menschen mit Behinderung gelten zu lassen: Rechte, Ressourcen, Repräsentanz, aber auch Respekt, die Menschen mit Behinderungen stärken, ausbauen und durch konkretes politisches Handeln auch platzieren. Die Pressemitteilung ist diesem Bericht beigefügt und macht deutlich, in welchen unterschiedlichen Feldern Selbst Aktiv, nach dem Motto »nichts über uns, ohne uns« wie es die UN-BRK aussagt, innerhalb und außerhalb der SPD für politisches Engagement zu werben. Ein konkretes Ziel ist, die verstärkte Präsenz behinderter Menschen auf Unterbezirk-Ebene. Hier wurden erste konkrete Schritte für Selbst Aktiv vereinbart.

Mit solidarischen Grüßen,
Karl Finke

BERICHT DES SCHATZMEISTERS über die Haushaltsjahre 2020, 2021 und 2022 des SPD-Landesverbandes Niedersachsen

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Finanzen des Landesverbandes sind geordnet. Für die Jahre 2020 und 2021 liegen testierte Jahresabschlussberichte des Wirtschaftsprüfers vor. Die Jahre 2020, 2021 und 2022 sind erfolgreich durch die Wirtschaftsprüfer begutachtet und von den Revisoren und der Revisorin aus den vier niedersächsischen Bezirken ohne Beanstandungen geprüft worden.

Die Personal- und Finanzkommission, bestehend aus den leitenden Bezirksgeschäftsführern, den Finanzbeauftragten der Bezirke, dem Landesgeschäftsführer und dem Schatzmeister, hat sich eingehend mit den Einnahmen und Ausgaben der Landespartei befasst.

Die Vorbereitungen auf das Wahlkampfjahr 2022 begannen bereits im Jahr 2020. Aufgrund der finanziellen Lage war es erforderlich, beim SPD-Parteivorstand ein Darlehen zur Finanzierung des Wahlkampfes aufzunehmen. An dieser Stelle möchte ich meinen Dank an den Bundesschatzmeister Dietmar Nietan aussprechen, dass er unsere niedersächsische Partei unterstützte und wir ein zinsfreies Darlehen in Höhe von drei Millionen Euro aufnehmen konnten. Diese Verschuldung war jedoch nur dank der Solidarität der vier niedersächsischen Bezirke möglich, die sich bereit erklärt haben, die Rückzahlung paritätisch mit dem Landesverband zu tragen und die Hälfte des Darlehens zu tilgen. Dafür möchte ich mich im Namen des SPD-Landesverbandes herzlich bei den vier Bezirken der niedersächsischen SPD bedanken.

Die Ausgaben für den Wahlkampf 2022 sind im geplanten Rahmen geblieben. Wir konnten knapp 185.000 Euro Spenden einnehmen – trotz der signifikant gesunkenen Spendenbereitschaft in den vergangenen Jahren. Die meisten Spenden kamen dankenswerterweise von privaten Personen. Für alle Genossinnen und Genossen, die an im Wahlkampf an die SPD gespendet haben, möchte ich besonderen Dank aussprechen. Jeder gespendete Euro trägt zum Erfolg und zum Sieg der niedersächsischen SPD bei.

Vielen herzlichen Dank dafür!

Unsere wohlgeplant sehr erfolgreichen Wahlkampfveranstaltungen haben auch eine Schattenseite gezeigt: leider gibt es in der Gesellschaft viele Menschen, die den demokratischen Wahlkampf stören wollten. Um Genossinnen und Genossen zu schützen, haben wir die Mittel für die Sicherheit während der Veranstaltungen erhöht und einen externen Sicherheitsdienst beauftragt, dafür zu sorgen, dass alle Beteiligten sich bei den Veranstaltungen sicher fühlen konnten.

Auch die Pandemie ist an uns nicht spurlos vorbeigegangen: die Preise für Papier, Dienstleistungen, und Transportkosten sind gestiegen, die Bedeutung des Internets und Social Media ist noch größer geworden. Um diese Herausforderungen zu bewerkstelligen, ist ein gut durchdachter Einsatz von Finanzmitteln erforderlich. An dieser Stelle möchte ich meinen Dank an den Wahlkampfleiter Axel Rienhoff aussprechen und mich für die Einhaltung des Finanzplanes herzlich bedanken. Das geplante Budget von drei Millionen und 40 Tausend Euro wurde nicht überschritten.

Aufgrund der etwas niedrigeren Wahlbeteiligung im Jahr 2022 und des im Vergleich zu 2017 etwas schlechteren Wahlergebnisses für die niedersächsische SPD sinken die Einnahmen aus staatlichen Mitteln bis zur nächsten Landtagswahl im Jahr 2027 auf 605.738,00 Euro jährlich (statt wie in der letzten Legislaturperiode 706.923,00 Euro). Das operative Geschäft des Landesverbandes findet im ideellen Bereich statt, d.h. der Landesverband führt keinen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb, durch den zusätzliche Einnahmen generiert werden können. Aus diesem Grund ist eine Bildung von Rücklagen für den nächsten Landtagswahlkampf 2027 in der jetzigen finanziellen Situation nicht möglich. Als Landesschatzmeister möchte ich an dieser Stelle zum sparsamen Umgang mit den Finanzmitteln aufrufen. Wegen der sinkenden Mitgliederzahlen und der vorerst gescheiterten Reform der Parteifinanzierung ist die Prognose für die Jahre nach dem nächsten Bundestagswahlkampf 2025 negativ. Es ist dringend geraten, die künftige finanzielle Sicherheit innerhalb der niedersächsischen SPD zu beraten.

Die personelle Ausgestaltung der Landesgeschäftsstelle ist nach dem Wahlkampf signifikant geschrumpft. Es ist auf Weiteres nicht beabsichtigt, neue Stellen zu schaffen. In den Jahren von 2020 bis 2023 ist es dem Landesverband gelungen, die Darlehensraten gegenüber dem Parteivorstand planmäßig zu tilgen. Der neu aufgenommene Kredit in Höhe von drei Millionen Euro wird bis zum Jahr 2027 getilgt.

In meiner Amtszeit als Schatzmeister ist es mir gelungen, die offenen Schulden aus dem Wahlkampfjahr 2017 erfolgreich einzufordern. Aus dem Wahlkampf 2022 bestehen keine Forderungen gegenüber Kandidierenden oder sonstigen Gliederungen.

Die Liquidität der Landespartei ist bis zum Jahr 2025 vollständig sichergestellt. Danach müssen wir von einem negativen Jahresabschluss ausgehen, sofern keine Veränderungen stattfinden.

Als Landesschatzmeister möchte ich mich ausdrücklich für die konstruktive Kooperation bei den Bezirken bedanken. Ein besonderer Dank geht an dieser Stelle zudem an Beata Krahl. Liebe Beata, danke für deinen unermüdlichen Einsatz für die SPD Niedersachsen, für deine Arbeit und dein Engagement. Du bist nicht nur mir als Landesschatzmeister eine große Stütze, sondern der gesamten niedersächsischen SPD!

Ich beende heute meine erste Wahlperiode als Landesschatzmeister und stelle mich erneut – auf Vorschlag von Stephan Weil und dem Landesvorstand – für eine zweite Wahlperiode zur Wahl.

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich würde mich freuen, Euer Vertrauen gewinnen zu können und heute als Landesschatzmeister wiedergewählt zu werden.

Ich freue mich auf das, was vor uns liegt!

Uli Watermann, Schatzmeister
Juni 2023

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Niedersachsen

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2020

Einnahmen-/Ausgabenrechnung

EUR

1. Einnahmen

| | |
|--|----------------------------|
| 1. Mitgliedsbeiträge | 0,00 |
| 2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge | 8.670,00 |
| 3. Spenden von natürlichen Personen | 1.657,00 |
| 4. Spenden von juristischen Personen | 0,00 |
| 5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit | 0,00 |
| 5a. Einnahmen aus Beteiligungen | 0,00 |
| 6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen | 9,96 |
| 7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit | 8.408,51 |
| 8. staatliche Mittel | 718.173,15 |
| 9. sonstige Einnahmen | 15.650,84 |
| 10. Zuschüsse von Gliederungen | <u>562.229,00</u> |
| 11. Gesamteinnahmen nach den Nummern 1 bis 10 | <u><u>1.314.798,46</u></u> |

2. Ausgaben

| | |
|--|--------------------------|
| 1. Personalausgaben | 390.962,64 |
| 2. Sachausgaben | |
| a) des laufenden Geschäftsbetriebes | 127.304,34 |
| b) für allgemeine politische Arbeit | 190.728,14 |
| c) für Wahlkämpfe | |
| Europawahl | 0,00 |
| Bundestagswahl | 0,00 |
| Landtagswahl | 9.596,62 |
| Kommunalwahl | 19.365,95 |
| d) für die Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergebender Zinsen | 2,64 |
| e) sonstige Zinsen | 0,00 |
| f) Ausgaben im Rahmen einer Unternehmenstätigkeit | 0,00 |
| g) sonstige Ausgaben | 269,35 |
| 3. Zuschüsse an Gliederungen | <u>70.500,00</u> |
| 4. Gesamtausgaben nach den Nummern 1 bis 3 | <u><u>808.729,68</u></u> |

3. Überschuß/Defizit (-)

506.068,78

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesverband Niedersachsen

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2020

Vermögensbilanz

EUR

1. Besitzposten

A. Anlagevermögen

I. Sachanlagen

| | |
|--------------------------------|-----------|
| 1. Haus- und Grundvermögen | 0,00 |
| 2. Geschäftsstellenausstattung | 13.820,16 |

II. Finanzanlagen

| | |
|---------------------------------|------|
| 1. Beteiligungen an Unternehmen | 0,00 |
| 2. sonstige Finanzanlagen | 0,00 |

Summe Anlagevermögen 13.820,16

B. Umlaufvermögen

I. Forderungen an Gliederungen 30.816,86

II. Forderungen aus der staatlichen
Teilfinanzierung 0,00

III. Geldbestände 492.344,04

IV. sonstige Vermögensgegenstände 21.400,13

Summe Umlaufvermögen 544.561,03

C. Gesamtbesitzposten

• (Summe aus A und B) 558.381,19

2. Schuldposten

A. Rückstellungen

I. Pensionsverpflichtungen 0,00

II. sonstige Rückstellungen 41.550,00

Summe Rückstellungen 41.550,00

B. Verbindlichkeiten

I. Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen 603.799,55

II. Rückzahlungsverpflichtung aus der
staatlichen Teilfinanzierung 0,00

III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten 0,00

IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen
Darlehensgebern 0,00

V. sonstige Verbindlichkeiten 39.674,27

Summe Verbindlichkeiten 643.473,82

C. Gesamte Schuldposten

(Summe von A und B) 685.023,82

3. Reinvermögen

- 126.642,63

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Niedersachsen

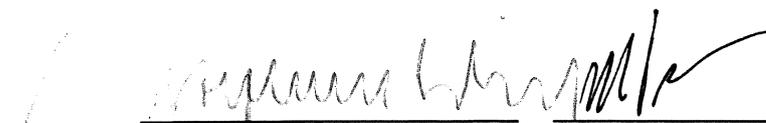
RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2020

Vollständigkeitserklärung:

Wir versichern hiermit, dass in dem vorstehenden Rechenschaftsbericht

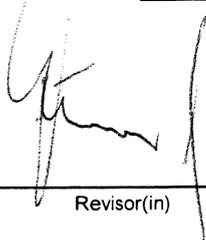
- die Einnahmen, Ausgaben, Besitz- und Schuldposten des Landesverbandes und der zu ihm gehörenden Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Zusammenschlüsse der Partei vollständig erfasst sind,
- Anschaffungen, mit einem Wert von im Einzelfall mehr als 5.000 EUR je Gegenstand, in der Vermögensbilanz - unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen - aufgeführt sind.

Hannover, den 22. Oktober 2021



Vorsitzende(r)

Schatzmeister(in)



Revisor(in)



Revisor(in)



Revisor(in)

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Landesverband Niedersachsen

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2021

Einnahmen-/Ausgabenrechnung

EUR

1. Einnahmen

| | |
|--|---------------------|
| 1. Mitgliedsbeiträge | 0,00 |
| 2. Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge | 8.070,00 |
| 3. Spenden von natürlichen Personen | 9.878,42 |
| 4. Spenden von juristischen Personen | 0,00 |
| 5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit | 0,00 |
| 5a. Einnahmen aus Beteiligungen | 0,00 |
| 6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen | 0,96 |
| 7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit | 10.980,00 |
| 8. staatliche Mittel | 707.674,12 |
| 9. sonstige Einnahmen | 667,49 |
| 10. Zuschüsse von Gliederungen | 605.163,24 |
| 11. Gesamteinnahmen nach den Nummern 1 bis 10 | <u>1.342.434,23</u> |

2. Ausgaben

| | |
|--|---------------------|
| 1. Personalausgaben | 465.968,90 |
| 2. Sachausgaben | |
| a) des laufenden Geschäftsbetriebes | 143.487,87 |
| b) für allgemeine politische Arbeit | 246.562,53 |
| c) für Wahlkämpfe | |
| Europawahl | 0,00 |
| Bundestagswahl | 1.486,05 |
| Landtagswahl | 199.227,09 |
| Kommunalwahl | 53.132,90 |
| d) für die Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergebender Zinsen | 0,24 |
| e) sonstige Zinsen | 0,00 |
| f) Ausgaben im Rahmen einer Unternehmenstätigkeit | 0,00 |
| g) sonstige Ausgaben | 3.074,72 |
| 3. Zuschüsse an Gliederungen | <u>0,00</u> |
| 4. Gesamtausgaben nach den Nummern 1 bis 3 | <u>1.112.940,30</u> |

3. Überschuß/Defizit (-)

229.493,93

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Niedersachsen

RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2021

Vermögensbilanz

EUR

1. Besitzposten

A. Anlagevermögen

I. Sachanlagen

| | |
|--------------------------------|-----------|
| 1. Haus- und Grundvermögen | 0,00 |
| 2. Geschäftsstellenausstattung | 10.395,26 |

II. Finanzanlagen

| | |
|---------------------------------|------|
| 1. Beteiligungen an Unternehmen | 0,00 |
| 2. sonstige Finanzanlagen | 0,00 |

| | |
|----------------------|-----------|
| Summe Anlagevermögen | 10.395,26 |
|----------------------|-----------|

B. Umlaufvermögen

| | |
|---|------------|
| I. Forderungen an Gliederungen | 9.902,58 |
| II. Forderungen aus der staatlichen Teilfinanzierung | 0,00 |
| III. Geldbestände | 446.281,08 |
| IV. sonstige Vermögensgegenstände | 7.049,77 |

| | |
|----------------------|------------|
| Summe Umlaufvermögen | 463.233,43 |
|----------------------|------------|

C. Gesamtbesitzposten

| | |
|-----------------------|------------|
| • (Summe aus A und B) | 473.628,69 |
|-----------------------|------------|

2. Schuldposten

A. Rückstellungen

| | |
|-----------------------------|-----------|
| I. Pensionsverpflichtungen | 0,00 |
| II. sonstige Rückstellungen | 41.100,00 |

| | |
|----------------------|-----------|
| Summe Rückstellungen | 41.100,00 |
|----------------------|-----------|

B. Verbindlichkeiten

| | |
|---|------------|
| I. Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen | 255.821,42 |
| II. Rückzahlungsverpflichtung aus der staatlichen Teilfinanzierung | 0,00 |
| III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten | 0,00 |
| IV. Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen Darlehensgebern | 0,00 |
| V. sonstige Verbindlichkeiten | 73.855,97 |

| | |
|-------------------------|------------|
| Summe Verbindlichkeiten | 329.677,39 |
|-------------------------|------------|

C. Gesamte Schuldposten
(Summe von A und B)

370.777,39

3. Reinvermögen

102.851,30

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Niedersachsen

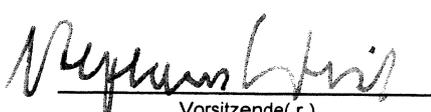
RECHENSCHAFTSBERICHT für das Kalenderjahr 2021

Vollständigkeitserklärung:

Wir versichern hiermit, dass in dem vorstehenden Rechenschaftsbericht

- die Einnahmen, Ausgaben, Besitz- und Schuldposten des Landesverbandes und der zu ihm gehörenden Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Zusammenschlüsse der Partei vollständig erfasst sind,
- Anschaffungen, mit einem Wert von im Einzelfall mehr als 5.000 EUR je Gegenstand, in der Vermögensbilanz - unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen - aufgeführt sind.

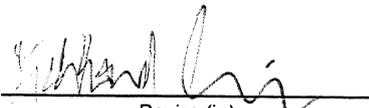
Hannover, den 7. November 2022



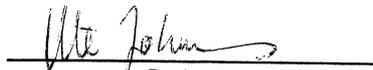
Vorsitzende(r)



Schatzmeister(in)



Revisor(in)



Revisor(in)



Revisor(in)

MIT FREUNDLICHER UNTERSTÜTZUNG:



